

# Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung  
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

Der Anzeigenpreis beträgt für die schesgehaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 11.

Die. tag, den 14. Januar 1919.

17. Jahrgang

## Die „zweite“ Revolution. — Spartakus in Berlin und im Reiche.

Berlin, 11. Januar. Fünf Tage dauert nun schon die „zweite Revolution“ in Berlin, und noch ist kein Ende abzusehen, noch ist die Entscheidung nicht gefallen, trotzdem es die Regierung immer wieder verspricht, daß Spartakus-Terror Herr zu werden, und die Bevölkerung in Aufruhr auffordert, noch ein klein wenig Geduld zu haben. Nach den letzten und vorliegenden Meldungen aus Berlin hat sich die Lage der Regierung in den letzten achtundvierzig Stunden weiter befestigt, es sind insgesamt 20 000 Mann Truppen im Aumarsh nach Berlin, um die Macht der Regierung zu verfestigen. Die Aufständischen sind völlig in die Verteidigung gebrängt und vermögen auch diese nur noch mühsam durchzuhalten. Der Spartakusaufbruch bricht zusammen, die Initiative liegt in der Hand der Regierungstruppen.

Die Beschießung des „Vorwärts“-Gebäudes in der Lindenstraße hat am Sonnabend zu einem vollen Erfolge für die Regierungstruppen geführt. Gegen drei Uhr nachts rückten starke Truppenmassen von allen Seiten gegen das „Vorwärts“-Gebäude vor, und mit schweren Maschinengewehren wurde die Säulenhalle, in der sich etwa 60 Liebknechtleute verschanzt hatten, beschossen. Nachdem die ganze Halle durch zwei Schuß von Minenwerfern gesäubert war, wurde das Haus selbst unter Minenfeuer genommen, dessen Wirkung ganz ungeheuer war. Das Abwehrfeuer der Verteidiger verstummete vollkommen, dicke Rauchwolken wälzten sich durch die anliegenden Straßen. Schon der erste Schuß durchschlag das Gebäude bis zum Keller, riesige Mauerstücke stürzten in die Tiefe und begruben alles, was sich in den Räumen befand, unter sich. Durch eine zweite Mine wurde das Dach des Vorderhauses, wo die Liebknechtleute fünf schwere Maschinengewehre aufgestellt hatten, getroffen, und alles vernichtet, was sich auf dem Dache befand. Zwei weitere Minen machten das in eine Festung verwandelte „Vorwärts“-Gebäude sturmreif. Den eindringenden Handgranatentruppen kamen auf dem ersten Hofe etwa 300 Liebknechtleute mit erhobenen Händen entgegen, die um Gnade baten und gefangen genommen wurden; überall wurden Tote und Verwundete gefunden. Die empörte Volksmenge wollte die Gefangenen lynchen und konnte nur schwer durch die Regierungstruppen daran gehindert werden. Das „Vorwärts“-Gebäude ist nur noch ein Trümmerhaufen, die Zahl der Opfer wird auf 500 Tote und 1000 Verwundete angegeben, was aber übertrieben sein dürfte.

Haar und Plünderung in Berlin. Ueber die namentlich in den letzten Tagen in Berlin herrschende Unsicherheit, die aller Beschreibung spottet, liegen uns folgende Meldungen vor:

Aus allen Teilen des Deutschen Reiches, besonders aus Rheinland und Westfalen, strömen dunkle Elemente nach Berlin, um die jetzige Aufregung der Bevölkerung wahrzunehmen und zu rauben und zu plündern, was sie irgend erlangen können. Spartakus sucht die Arbeitslosen nach Berlin zu locken, und verspricht ihnen bei hohen Löhnen und freier Verpflegung, sowie Reiseentschädigung in den „sozialistischen Betrieben“ Arbeit zu verschaffen. Zehntausend Personen in Hannover haben sich daraufhin ohne Fahrkarten eines Zuges bemächtigt und unter Umweits auf ihre Zugehörigkeit zum Spartakus-Bund die Abfahrt erzwungen. Ueber den Verbleib dieses nach Berlin bestimmten Zuges ist nichts bekannt. Spartakus macht auch vor dem Besitzum des Proletariats nicht halt. Im Norden Berlins werden täglich Arbeiterwohnungen ausgeplündert. Ein jeder Handstreich wurde gegen die Zigarrenfabrik von Garbaty in Pankow verübt. Die Mannschaft eines mit bewaffneten Soldaten und Zivilisten besetzten Militäranstalts fuhr vor, drang in die Kontorräume ein und raubte die Bareträge des Geschäftsrates aus, den der Geschäftsführer öffnen mußte. Im Buchdruckerhaus Büxenstein wurde der Hauptkassierer zur Auslieferung der Kasse, die große Barsummen enthielt, gezwungen. In der Fruchtstraße wurde von einer Schar von Liebknechtleuten das Postamt D. 17 in der Nähe des Schlesienschen Bahnhofes geplündert; 120 000 Mark wurden von drei Matrosen aus der Postkasse gestohlen, womit die Häuser verschmunden sind.

Liebknechts Hauptquartier. Das Hauptquartier der Umstürzler ist jetzt vom Polizeipräsidium am Alexanderplatz nach der Bölow-Brauerei in der Prenzlauer Allee verlegt worden, weil die Führer sich im Polizeipräsidium, wo sie durch Regierungsmaßnahmen drähtlich von der Außenwelt abgeschlossen worden waren, nicht mehr sicher genug fühlten. In der Bölow-Brauerei haben sich die Drahtzieher der gegenrevolutionären Bewegung Liebknecht und Eichhorn und der vielgeliebte russische Volkshewitensführer Nadel (!) versammelt, umgeben von einer starken Leibwache. Für die Befestigungen der auf einem Hügel liegenden Brauerei hat Eichhorn umfassende Vorkehrungen getroffen.

Der Wunsch nach Einigung der Sozialisten. Eine riesige Demonstration für die Einigung sämtlicher sozialdemokratischer Parteien fand am Sonnabend vormittag 10 Uhr im Humboldt-Bahnhof statt, wo sich viele tausend Personen versammelten, die aus Arbeitern fast sämtlicher Berliner Betriebe sowie aus Angestellten der drei sich feindselig gegenüberstehenden sozialdemokratischen Parteien zusammengesetzt waren, und wo allgemein die Forderung einer dringenden Einigung zum Ausdruck gebracht wurde. Nach Schluß der Versammlung ordneten sich die Teilnehmer zu einem riesigen Zug, der sich durch die Brunnenstraße in das Innere der Stadt bewegte.

Die Spartakus-Niederlage in Spandau. Am Freitag ist es den Regierungstruppen erneut gelungen, das von Spartakusanhängern besetzt gewesene Rathaus, die Zitadelle und die wichtigen militärischen Werkstätten von neuem in Besitz zu nehmen. Vormittags gegen acht Uhr wurde das Rathaus von Regierungstruppen, unter anderem auch von Artillerie angegriffen. Die Spartakusse wurden von den stürmenden Truppen aus dem Gebäude verjagt. Der Führer der Spartakusleute, Pfister, wurde handrechtlich erschossen. Auch das Proviantamt wurde von den Spartakussen gesäubert. Der Volksbeauftragte Noske hat über Spandau und Umgebung den Belagerungszustand verhängt. Die Arbeiter- und Soldatenräte wurden abgesetzt. Spandau ist aus militärischen Gründen von jedem Verkehr abgeschnitten, auch telegraphisch. Die Stadt ist vollständig von Regierungstruppen eingeschlossen.

Die Unruhen im Reiche. In München kam es Freitag nachts um 11 Uhr am Bahnhof zu Ansammlungen, die einen folgenschweren Ausgang nahmen. Bei einer sich entzündenden Schießerei wurden drei Frauen und zwei Männer, darunter ein Soldat, getötet und 16 Personen zum Teil schwer verwundet. In Stuttgart fanden gleichfalls Unruhen statt, in deren Verlauf zwei Personen getötet und 17 verletzt wurden. Der Sparta-

kistenbund kann als niedergeschlagen angesehen werden. In den Fabriken wird gearbeitet, die Stadt ist ruhig.

Zu einem Straßenkampf kam es Freitag nachmittag in Halle, als eine unübersehbare Volksmenge, die in einem Demonstrationszug gegen die Herrschaft der Unabhängigen und Spartakisten durch die Straßen zog und nach dem Marktplatz einbiegen wollte, wo sie von Soldaten mit Maschinengewehren und Handgranaten am Weitergehen verhindert wurde, außer einem Verletzten ist auch ein Toter zu beklagen.

Weitere Unruhen kamen in Dresden vor, wo die Teilnehmer nach einer Kommunistenversammlung die Dresdener Volkszeitung besetzen wollten. Die Schutzwache feuerte auf die Eindringlinge, wobei etwa 20 bis 30 getötet und verwundet sein sollen.

Ungeheure Kundgebungen gegen das Treiben der Spartakisten und ihrer Anhänger veranstalteten in Düsseldorf die Demokratische Partei und die Mehrheitssozialisten. Ein endloser Zug, an dem sich Bürger und Arbeiter, darunter viele Frauen, zu Zehntausenden beteiligten, bewegte sich durch die Stadt zum Bahnhof, wo die Spartakusleute ein Maschinengewehr auf die Menge richteten und feuerten. Ein Panzerauto und Wagen der Spartakisten erschufen von verschiedenen Stellen aus das Feuer auf die Passanten. Die Bürger stürmten panikartig auseinander, in der Stadt herrschte gewaltige Aufregung, sieben Personen sollen getötet und 15 verletzt worden sein.

In Regensburg kam es Freitag zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf Geschäfte und Warenhäuser geplündert und ausgeraubt wurden. Durch das Eingreifen von 500 Einwohnern wurde die Ordnung einigermaßen wieder hergestellt. Es kam auch zu einer Schießerei, in der es ebenfalls Verluste gab.

Flucht über den Rhein. Ein amtlicher Bericht über die Lage in Düsseldorf besagt:

Alle städtischen Beamten und höheren Regierungsbeamten haben sich auf das linke Ufer des Rheins geflüchtet. Zahlreiche Einwohner der Stadt, die der „roten Revolution“ zu entriuen wünschen, kamen auf der von Belgien bewachten Brücke an. Nur die, welche mit Pässen versehen sind, dürfen passieren. Aus zahlreichen anderen Städten treffen ähnliche Nachrichten ein.

Unter belgischem Schutz gestellt. Aus Anlaß der Unruhen in Düsseldorf haben die dortigen deutschen Beamten sich unter belgischem Schutz gestellt. Der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister von Düsseldorf haben die belgischen Behörden ersucht, einzuzureisen. Die belgischen Behörden verfolgen die Ereignisse mit Aufmerksamkeit. (Schier unerhörte Schande. Schriftl.)

### Das Ende des Kommunistaufstandes.

Berlin, 12. Jan. Nach siebenstägigen blutigen Kämpfen ist nun der Aufstand niedergeworfen, wenn auch damit die drohenden Gefahren noch nicht beseitigt sein dürften, da die Liebknechtleute wohl geschlagen, aber noch nicht unschädlich gemacht worden sind. Am meisten zu bedauern ist es, daß die Hauptadelshörer entkommen sind, während sie ihre Leute rücksichtslos hinterließen. Liebknecht soll sich auf dem Wege nach der Schweiz befinden und eine ganze Menge wichtiger Schriftstücke mit sich führen. Rosa Luxemburg, von der es heißt, daß sie verhaftet worden sei, soll nach Hamburg geflohen sein, und auch Eichhorn hat Berlin verlassen.

Der russische Volkshewitensführer Nadel ist angeblich festgenommen worden, andererseits wird weiter gemeldet, daß er sich nach Halle begeben habe, um dort einen Aufruhr herbeizuführen.

Nach der Eroberung des „Vorwärts“ sind nun auch das Wolffsche Telegraphen-Bureau und die Zeitungsbetriebe Ullstein, Mosse und der Scherl-Verlag geräumt worden. — Das Mosse-Haus hatten die Kommunisten unterminiert, und sie drohten, das Haus in die Luft zu sprengen, wenn ihnen nicht freier Abzug bewilligt werden würde. Nachdem ihnen das Leben zugesichert worden war, ergaben sie sich schließlich.

Im Laufe der Nacht erfolgte nach wirksamer Beschließung aus vier Geschäften, und nachdem Handgranatentruppen durch die Schächte der Unergrundbahn gegen das Gebäude vorgezogen waren, die Eroberung des Polizeipräsidiums, in dessen Innern einige Hundert Liebknechtleute gefangen genommen wurden, darunter einer ihrer Führer, namens Brauer. Der eigentlich Leiter, Eichhorn, war nach der Bölow-Brauerei geflüchtet, wo er sich zu halten gedachte, doch auch diesen Stützpunkt mußten die Spartakisten aufgeben, wobei sie auf unerklärliche Weise Waffen, Munition und ihre sonstigen Habseligkeiten auf Automobilen und Möbelwagen mit sich führten.

Nachdem im Laufe des Vormittags auch der Schlesiensche Bahnhof eingenommen wurde, und nach der Flucht ihrer Hauptanführer ist die Macht der Spartakisten gebrochen, Berlin zeigt augenblicklich wieder, abgesehen von den durch die Kämpfe hervorgerufenen Zerstörungen, das gewohnte Leben.

### Vedebour und Liebknechts ältester Sohn verhaftet.

Der zu den Unabhängigen zählende Genosse Vedebour, eine der äbelsten Gestalten der Haase-Garde, ist in der Nacht zum Sonnabend von Offizieren und Soldaten in seiner Wohnung aufgehoben und verhaftet worden.

Unter den verhafteten Spartakusführern befinden sich u. a. noch Zubeil, Dr. Ernst Meyer und der älteste Sohn Dr. Liebknechts sowie eine Anzahl Russen.

### Düsseldorf von den Engländern besetzt.

Als Folge des Ueberfalls, den die Spartakusleute in Düsseldorf auf harmlose Demonstrationen in rücksichtsloser Weise unternahmen, sind englische Truppen und Panzerautos in Düsseldorf erschienen, haben die Stadt besetzt und die Ordnung wiederhergestellt.

### Die Folgen der Spartakusluntriebe.

a. Berlin, 13. Januar. Mit der gestern (Sonntag) erfolgten Rückeroberung des Schlesienschen Bahnhofes durch die Regierungstruppen ist das letzte Bollwerk des paraktistischen Aufstuhes in Berlin gefallen, und die Schreckensherrschaft Liebknechts, der sich mit den übrigen Führern natürlich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen wußte, während seine Leute verbluteten, dürfte ihr Ende erreicht haben. Dagegen werden sich die politischen Folgen in näch-

ster Zeit bereits sehr empfindlich bemerkbar machen. Wie wir schon kürzlich mitteilten, ist die Regierung zu ihrem Entschluß, gegen Spartakus mit Waffengewalt vorzugehen, durch sehr ernste Mitteilungen der deutschen Waffenstillstands-Kommission gedrängt worden. Wir hören heute, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen ein Trier die Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes ganz erheblich verschärft werden sollen. Die feindlichen Regierungen sind unter allen Umständen entschlossen, den russischen und deutschen Bolschewismus zu isolieren und wollen deshalb die Befehung weiter Gebiete in West- und Süddeutschland fordern, außerdem die völlige Räumung Polens von deutschen Truppen. Die deutsche Regierung ist vor dieser Entwicklung der Dinge früh genug gewarnt worden und wir selbst haben von diesen Warnungen jederzeit Mitteilung gemacht, soweit es die uns anvertrauten Verpflichtungen gestatteten. Die anfängliche Absicht der Entente, auch Berlin zu besetzen, dürfte durch den blutigen Zusammenbruch des Spartakus-Bundes in der Reichshauptstadt, die seit einer Woche heute wieder den ersten Tag ohne das Geföbe des Straßenkampfes erlebt, hinfällig geworden sein. Drohungen gewisser weiterer Vorsichtsmaßnahmen seitens des Verbandes sind aber noch gestern mittag in der Wilhelmstraße bekannt geworden. Bei einer Straßenkundgebung erklärte der Oberkommandierende von Berlin, Volksbeauftragter Noske, daß die Regierung dafür sorgen werde, daß die Wahlen zur Nationalversammlung ordnungsmäßig durchgeführt würden. Er fügte hinzu: Seien Sie versichert, die Reichsregierung hat keinen Augenblick vergessen, was sie den deutschen Brüdern in den deutschen Ländern im Osten schuldig ist. Sie hat alles getan, um jene schon sicher und dauernd vor polnischer Willkür zu schützen. Deutsches Land und deutsche Bürger im Osten dürfen die letzte Inversicht hegen, daß im Osten deutsch bleiben wird, was deutsch ist. Bei der durch die Regierung in der vorletzten Nacht erfolgten Befehung der russischen Postkassette ist dort ein umfangreiches Waffen- und Munitionslager entdeckt worden. Damit ist ein weiterer Beweis, des inneren Zusammenhanges des russischen Bolschewismus mit dem Spartakus-Bund erbracht. Die Regierung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, auch gegen hier weilende russische Staatsangehörige die stärksten Maßnahmen zu ergreifen, ebenso wird die Entwaffnung der die wildeste streng durchgeführt werden, um zugleich den fortgesetzten Karbonfällen entgegenzutreten.

### Rundschau.

#### Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

Berlin, 11. Januar. (Amtlich.) In der Sitzung vom 11. Januar der Waffenstillstands-Kommission überreichte General von Winterfeldt dem französischen General Dubant eine Note, woraus die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes am 15. Januar vormittags in Trier stattfinden können; voranzgeschickt, daß die deutschen Bevollmächtigten und ihr gesamtes Stabspersonal während des Trierer Aufenthalts völlige persönliche Freiheit, ferner Telegraphen-, Telephon- und Chiffrierfreiheit genießen.

#### Beginn der Friedensbesprechungen am 18. Januar.

Genf, 11. Januar. Dem „Annoner Progress“ zufolge dürften über die Vorbesprechungen zwischen den Großmächten noch mehrere Tage hingehen, sodah die eigentlichen Friedensbesprechungen erst am 19. Januar schließlich eröffnet werden. Bei dieser Konferenz werden Frankreich, England, die Vereinigten Staaten, Italien und Japan durch je fünf Vertreter, Belgien, Serbien, Griechenland, Rumänien und Portugal durch je drei Vertreter vertreten sein. Alle übrigen Länder mit zwei Vertretern. Der Tempel, das Elyse in Paris und der Matin benutzen die Berliner Botschafter der letzten Tage, um Stimmung für eine Vertagung der Friedensverhandlungen zu machen, in der Hoffnung, daß der Zerfall des Reiches inzwilchen Separatverhandlungen mit den einzelnen Bundesstaaten (!) möglich machen werde.

#### Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung in Stuttgart.

Stuttgart, 18. Januar. Bei den gestrigen Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung haben Eise erhalten: Die Unabhängigen 4, das Zentrum 21, der Bauernbund 18, Weingärtner-Bund und kleine Landwirte 4, die deutsche demokratische Partei 38, die Sozialdemokraten Württembergs 52 und die württembergische Bürgerpartei 11.

#### Die Demokratische Partei bei den badischen Wahlen.

In Baden hat die Demokratische Partei, trotzdem sie durch den Anschluß der badischen Nationalliberalen wesentlich verhärtet ist, am weitest schlechtesten von sämtlichen Parteien, abgesehen von den Unabhängigen, abgeschnitten. Während bei den Sozialdemokraten, dem Zentrum, der Deutsch-nationalen Volkspartei eine Steigerung der Wahlziffer von 180 bezw. 184 bezw. 150 Prozent zu verzeichnen ist, haben es die Demokraten nur auf etwa 57 Prozent der Steigerung gebracht. Man darf darin wohl den Beweis erblicken, daß die neue Partei im Volke keine breitere Tragfähigkeit besitzt, als der frühere Fortschritt, der stets die Korrikatur einer Volkspartei gewesen ist.

#### Unsere Ernährung.

Berlin, 11. Januar. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß die Ernährung Deutschlands im großen und ganzen bis März bzw. April gesichert sei. Bis dahin hofft man die Zufuhren der Entente in Gang zu bringen. In Spaa befinden sich Beauftragte des Kriegsernährungsamtes, um die einschlägigen Fragen mit den Entente-Vertretern zu beraten. — Voraussetzung dafür, daß wir mit unseren Vorräten reichen, ist aber, daß sich die Verbrauchsverhältnisse nicht weiter verschlimmern.

#### Das neue Gemeindevahlrecht in Preußen.

Berlin, 11. Januar. Das preussische Staatsministerium hat einen Entwurf fertiggestellt, der für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen in ganz Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts vorsieht. Die Beschränkung der Wählbarkeit der Lehrer und der übrigen Personen, denen bisher nur das passive Wahlrecht zustand, wird aufgehoben. Das Hausbesitzerprivileg wird beseitigt. — Dem Vernehmen nach sollen die Gemeindevertretungen schon in nächster Zeit aufgelöst und nach dem neuen Wahlrecht neu gewählt werden. Nehuliche Reformen sind für die Provinziallandtage in Vorbereitung. — Sollte es sich bestätigen, daß Neuwahlen auf Grund dieses neuen Wahlgesetzes sofort vorgenommen werden, so würde dies eine schließende Verfassungsveränderung darstellen, da dieses neue Wahlgesetz zunächst der Zustimmung der preussischen Nationalversammlung bedarf.

Oberste Heeresleitung und Wahlen.

Die Oberste Heeresleitung teilt mit: Aus verschiedenen Mittelnungen hat sich ergeben, dass infolge des Eintretens der Obersten Heeresleitung für die derzeitige Regierung vielfach in der Truppe die Ansicht verbreitet ist, der Soldat müsse seine Stimme der Sozialdemokratie geben. Das trifft nicht zu.

Hindenburg schießt das Land.

Berlin, 11. Januar. Dem Vernehmen nach wird Generalfeldmarschall von Hindenburg in den nächsten Tagen den Oberbefehl über den gesamten Grenzschutz im Osten übernehmen. Der Grenzschutz soll in Preußen aus den nach dem Aufruf vom 9. Januar neugebildeten Freiwilligenformationen gebildet werden.

Hindenburgs Name birgt heute wie je Kraft und das Vertrauen des deutschen Volkes. Er ist in Wahrheit der ruhende Pol in dem Chaos unserer Tage. Wenn er den Oberbefehl im Osten übernimmt, wird wohl kein braver Soldat zurückbleiben, sondern sich erneut seinem Feldmarschall stellen, der den Osten abermals retten will und wird! Nur eines tut not: Die Regierung muß endlich in Berlin und anderwärts mit eisernem Besatz halten. Erst dann ist es möglich, auch im Osten wieder deutsche Zustände zu schaffen.

Der Kampf gegen die Polen.

Schneidmühl, 11. Januar. Zu den Polenkämpfen wird von amtlicher Stelle gemeldet, daß der gestrige Tag ruhig verlaufen ist. Bei den Kämpfen in Sobotka sind die Verluste der Polen sehr schwer gewesen, während die deutschen Truppen nur geringe Verluste hatten. Die Tochter des Bürgermeisters wurde, als sie aus dem Fenster sah, durch einen Schuß getötet. Auch in der Gegend von Bromberg haben Kämpfe stattgefunden. Unsere Nachbarkantone Deutsch-Krone wurde alarmiert. Die Gerüchte, daß Polen im Anmarsch sind, waren jedoch unbegründet. Recht ist wieder in deutschem Besitz. Der Kreis Wirtsh ist anscheinend von polnischen Freischärlern geräumt. Ueber den Regierungsbezirk Bromberg ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Schneidmühl, 11. Januar. Kolmar ist von den Polen wieder geräumt worden, nachdem sie zuvor Eisenbahnen und Brücken gesprengt hatten.

Küllschau, 11. Januar. Die Polen haben die vor einigen Tagen bezüglich des Kreises Dornitz getroffenen Abmachungen nicht gehalten. In der vergangenen Nacht rückten sie in einer Stärke von 2000 bis dreitausend Mann gegen die Stadt Kopnis vor. Es entspann sich mit der kleinen Besatzung ein heftiges Feuergefecht. Derbeigekommene militärische Hilfe kam zu spät. Die Kopnischer Besatzung wurde von den Polen umzingelt und völlig eingeschlossen. Heute morgen 10 Uhr haben die herangekommenen Truppen einen Angriff auf Kopnis unternommen, um die eingeschlossenen Truppen zu entsetzen. Der Kampf ist noch im Gange.

Ein Wort zur Verschleppung Madensens.

Die vertragswidrige Internierung Madensens und seiner Armee in Ungarn, das durch ihn zweimal vom Feinde befreit wurde, hat in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes die lebhafteste Anteilnahme gefunden. In seiner beabsichtigten Verschleppung nach Saloniki bezw. Paris liegt nicht bloß tiefste Tragik, sondern ist eine neue Erniedrigung unseres Volkes durch den habgierigen französischen Generalstabschef zu erblicken. Wo bleibt Herr Wilson mit seinem zarten Empfinden für Recht und Gerechtigkeit? Wo die deutsche Waffenstillstands-Kommission und die Reichsregierung?

Jetzt wird im „Petit Parisien“ ein dreifacher Rechtfertigungsversuch für die allen Verträgen Hohn sprechende Handlungsweise unternommen, indem behauptet wird, Madensen habe trotz Ehrenwort Vorbereitungen zur Flucht getroffen und habe keine einzige der Uebergabebedingungen gehalten. So sucht man den blanken Ehrenschliff eines unserer bedeutendsten Heerführer zu beschulen, um die Welt über die eigene Niederträchtigkeit zu täuschen. Wer Madensen kennt, weiß, daß ihm sein Ehrenwort heilig ist, daß er seine Truppen niemals verlassen würde. Von der Waffenstillstands-Kommission und von der Reichsregierung muß gefordert werden, daß sie nichts unversucht lassen, um den hochverdienten Feldmarschall sobald als möglich aus den Händen der Entente zu befreien und seine Verschleppung nach Paris zu verhindern.

Budapest, 11. Januar. Ein Telegramm des „Bilag“ meldet, daß Madensen in Temeswar interniert worden ist.

Das Volkswort-Gez.

Amsterdam, 11. Januar. Nach einer Meldung des Stockholmer Korrespondenten der „Times“ ist das schwedische Heer wieder fast ganz unter dem Befehl von Offizieren des alten Regimes. Unter ihren Führern ist das zuchtlose Heer eine Truppe geworden, mit der man ernstlich rechnen muß. Es sei kaum anzunehmen, daß es dieser Armee schwer fallen wird, die Ostprovinzen zu besetzen.

Der Hafenarbeiterstreik in Newyork.

Newyork, 11. Januar. Die ausländischen Hafenangestellten geben bekannt, daß das Streikkomitee morgen über die Vorschläge

der Arbeitgeber beraten wird. Der Zustand allgemeiner Verwirrung im Newyorker Hafen dauert an. Die Fährboote werden durch Polizisten bedient. In der City glaubt man, daß bei einer Fortdauer des Ausstandes von 48 Stunden die Manhattan-Insel wegen der Kohlen- und Nahrungsmittelnot in große Schwierigkeiten geraten wird. Es heißt, daß die Werftarbeiter in einen Sympathiestreik eintreten wollen.

London, 11. Januar. Nach Newyorker Blättermeldungen sind in Buenos Aires 150.000 Arbeiter an den Sympathiestreik für die Hafenarbeiter getreten. Die Ausständigen terrorisieren Buenos Aires. Eine Anzahl Personen wurde getötet oder verwundet. Bewaffnete Polizeitruppen patrouillieren durch die Straßen. Man befürchtet ein Ueberreifen der Bewegung auf das Binnenland. Man erwartet die Verhängung des Standrechts.

Die Demokratische Partei beim Bauernfang.

In der sattsam bekannten, nicht übermäßig geschickten Art hat sich die Demokratische Partei des „Berliner Tageblattes“ daran gemacht, die Stimmen der Landleute einzufangen. Als Köder dient dabei wieder die An siedelungsfrage, von der diese Volksbeglucker freilich sprechen wie der Blinde von der Farbe. In einem der demokratischen Flugblätter liest man da die schöne Phrase „Bauerngut an Bauerngut vom Rhein bis zur Ostgrenze, Möglichkeit für den tüchtigen Landarbeiter, selbständiger Besitzer zu werden!“

Jeder praktische Landwirt lacht über solch Geschwätz, denn er weiß, daß es viel Grund und Boden in Deutschland gibt, der sich zur Aufzucht in „Bauerngüter“ gar nicht eignet, dessen Aufteilung für An siedler nur bedeutete, dem Güterschlichter und Wucherer in die Hände arbeiten, was ja freilich gewissen Leuten sehr passen würde. Die Hauptsache bei der An siedlung ist, daß gesunde Verhältnisse entstehen, unter denen sich die An siedler und ihre Kinder auch auf der Scholle halten und ihres Besitzes froh werden können. Wo das nicht möglich ist, kann auch die Phrase „Bauerngut an Bauerngut“ nichts nützen. Das allerdings sind den Tageblatt-Leuten böhmische Dörfer.

Wählt Deutschnational für Deutschtum, Christentum, sozialen Fortschritt!

In der Stadt sprechen sie auch ganz anders. Da können sie sich nicht genug darin tun, die Landleute als Wucherer und Betrüger zu verdächtigen und zu beschimpfen. Ein Pöbchen davon bietet die Charlottenburger „Neue Zeit“ vom 7. Januar. Sie berichtet über einen Vortrag, den in einer Versammlung des Charlottenburger demokratischen Vereins Herr Jsaac gehalten hat: „Dann sprach er über die Schwierigkeiten, die die Produzenten den Kleinhandlern gemacht, indem sie entweder versucht, den Kleinhandel ganz auszuscheiden oder aber von ihm ein Ueberreiten der Höchstpreise verlangen und dafür schlechteste Ware zu liefern. Diese, die so an Kleinhandlern gehandelt, dürfte er nicht obendrein noch durch Stimmenabgabe für die beiden hauptsächlichsten Parteien, die den Landwirten politisch nahe stehen, unterstützen; und so ergebe sich die einzige Möglichkeit, sich der Deutschen demokratischen Partei anzuschließen, die einzig und allein ihre Interessen vertritt.“

Also nach Behauptung des demokratischen Wortführers Jsaac haben die ländlichen Produzenten, die Bauern, den Händlern das Fortkommen erschwert, indem sie sich ihnen gegenüber des Wuchers und Betruges schuldig machten! Ob Herr Jsaac das selbst glaubt oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls werden sich die Bauern merken, daß die Demokraten in der Stadt so von ihnen sprechen, und werden den Rattenfängern, wenn sie auf dem Lande eine andere Weise anstimmen, gründlich heimleuchten. Ein Bauer, der für die Partei des „Berliner Tageblattes“ und der Herren Theodor Wolff und Jsaac stimmte, müßte ja auch gänzlich verblendet sein.

\*\*\*

Schnuschnus hatte sie auch nach ihm! Warum konnte nicht alles in Ordnung kommen? Stand nicht wie ein Gespenst jene unheimliche Gestalt zwischen ihnen, die damals als böser Unhold an ihr Herz gegriffen im Saale des Gerichts? Und mit schmerzlichem Gefühl griff sie nach dem nächsten Briefe.

Nach Tinte und Papier zu schlucken, mußte der noch nicht lange geschrieben sein. Richtig, da auf der Rückseite stand das Datum: „Simferopol, den 12. Januar.“

Liebe Mutter!

Wie ich die Festtage verlebte? fragtest Du in Deinem letzten Briefe. Ach, stille genaug, Als Jungesell, da wird man zum Weihnachtsabend in irgendeine Familie eingeladen und freut sich im Gedanken an seiner Jugend schönes Fest feiern, wie es hinter einem liegt, und freut sich der Aussicht, im eigenen Heim mit Weiß und Kind ein wenig vergnügt zu sein am iraschlenden Lichtbaum. In man aber kein Hagelholz mehr, sondern so ein arbeitsamer, weisloser, bestrakter Ehemann, wie ich, dann sitzt man im dunklen Winkel allein und grübelt und sinn, wie man zu seinem verwundlichen Schatz gelangen kann.

Nun, Du meinst, es sei immer noch nicht die rechte Stimmung da für mich! Mein Gott, wann wird die kommen? Ich möchte nächsten doch hin und versuchen, ob ich nicht Stimmung machen kann.

Eine einzige Einladung zum zweiten Feiertag hatte ich — aber da ging ich nicht hin. Der Advokat, der bei jenem Prozeß Verteidiger von Jsaac Mühle war, hat dessen Schwester geheiratet und

Der Brief ätzte ihr so in der Hand, daß sie nicht deutlich sehen konnte. Wie konnte solch eine Nachricht sie so aufregen!

Mich zu jenem Tag in sein neues Heim eingeladen. Ach sagte er. Er ist mir eigentlich recht unsympathisch, und ich bin froh, daß er nächstens nach Odessa übersiedeln wird und ich also dieser Familie weiter nicht begegnen brauche.

Beinahe hätte ich vergessen, zu berichten, daß Sazonow mich neulich auf der Straße traf und mich liebenswürdig einlud, ihn zu besuchen. Meinst Du nicht, daß vielleicht durch seine Vermittlung Vater und Tochter — besonders ersterer — die Erklärung jenes ganzen Vorganges im Gericht eher annehmen würden, als von Dir?

Also die Mutter besah eine solche Erklärung! Warum hatte sie dieselbe ihr noch niemals ordentlich geboten? mußte Jenza sich fragen. Dalt, war das nicht bald nach dem Standa gewesen, daß die Mutter ihr hatte einen seiner Briefe vorlesen wollen, der alles erklären sollte, und sie hatte damals trotzta erklärt: sie wolle nichts davon wissen! Wahrscheinlich lag dieser Brief auch noch hier. Am liebsten hätte sie den eben begonnenen liegen lassen und nach jenem gesucht, aber sie bezwang sich und las weiter:

Einheitliche Kampffront nach Dink!

Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Christliche Volkspartei (Zentrum) haben beschlossen, so wohl für die Deutsche Nationalversammlung wie auch für die verfassunggebende Preussische Landesversammlung ihre Wahlorschlagslisten zu verbinden. Hierdurch ist die Möglichkeit einer einheitlichen Kampffront nach links gegeben und die Einigung des größten Teils des Bürgertums herbeigeführt. Daß die Deutsche Demokratische Partei diesem Wahlbündnis nicht beigetreten ist, soll auch an dieser Stelle als ein Verrat an den Interessen des Bürgertums gebrandmarkt werden.

\*\*\*

Die Frau muß wählen!

Warum ist es denn so notwendig, daß die Frauen mitwählen? Weil es jetzt heißt: „Keine Stimme ist Spartakusstimme“. Wenn eine Anzahl der Frauen gerade aus den bürgerlichen Kreisen sich der Stimme enthält, so gibt sie damit indirekt ihre Stimme für die ganz auf der äußersten Linken stehenden Parteien ab. Die sozialdemokratischen Frauen sind durch ihre Parteiorganisation so geschützt, daß sie sicher alle wählen. Für die gesamte bürgerliche Bevölkerung besteht daher die Gefahr, daß sie parteipolitisch zurückgedrängt, übertrumpft wird, wenn ihre Frauen sich von der Wahl zurückhalten. Alle Frauen müssen daher von dem Grundsatze durchdrungen sein: „Wahlrecht ist Wahlpflicht!“ Vollzählig müssen die national empfindenden, deutschen Frauen am 19. Januar zur Wahlurne treten, um ihre Stimmen für die Kandidaten der

Deutschnationalen Volkspartei

abzugeben.

Die Stellung der Parteien in Köln zur Neuordnung des Verhältnisses des Staates zur Kirche.

Gemäß Beschluß der kirchlichen Gemeindeversammlung von St. Marien vom 20. Dezember 1918 ist an die in Köln vertretenen politischen Parteien die Bitte gerichtet worden, eine bündige Erklärung darüber abzugeben, wie sie sich zur Trennung von Kirche und Staat und zur religiösen Jugend- und Erwachsenenbildung stellen. Den katholischen Standpunkt vertritt der Zentrumsverein Köln: „Wir lehnen“, sagt er, „die Trennung von Kirche und Staat grundsätzlich ab, erblicken vielmehr das Ziel im einträchtigen Zusammenwirken beider Gewalten. Der Religionsunterricht muß in allen Schulen — die Vorbereitungsanstalten für Lehrer und Lehrerinnen eingeschlossen — erhalten bleiben, und zwar als Pflichtfache, nicht als Wahlfache. Die Schulen müssen konfessionell sein, auch wenn die Einheitschule eingeführt werden sollte.“

Auf den Boden der Entschleppung der evangelischen Gemeindeversammlung stellen sich für den Fall einer Lösung der Kirche vom Staate und des Versuches der Einführung des Jugendunterrichtes ohne religiöse Unterweisung; die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei, das heißt, diese Parteien werden ebenfalls fordern: daß die Lösung der Kirche vom Staate nicht gewaltmächtig, sondern rechtlich und geistlich erfolge; daß sie nicht plötzlich, sondern allmählich geschehe und daß die religiöse Erziehung der Jugend sichergestellt werde. Auf der Boden des Erfurter Programms vom 20. Oktober 1901 stellen sich: die Ortsgruppe der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Sozialdemokratische Verein für Köln. Die maßgebende Stelle dieses Programms lautet: „Erklärung der Religion zur Privatfache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten völlig selbständig ordnen. Weltlichkeit der Schule usw.“

Selbstverständlich, so schreibt der Vorsitzende der Ortsgruppe der Unabhängigen Sozialdemokratie, Herr Fritz Henning, im Auftrage seiner Partei, kann diese Umwandlung nicht im Sandum drehen geschehen, sondern muß allmählich vollzogen werden, gerade so wie die der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische auch nur allmählich vollzogen werden kann.“

Das Schreiben des Wahlausschusses der alten Sozialdemokratischen Partei in Köln schließt: „Im übrigen sind wir der Ansicht, daß diejenigen, welche die Religion in den Wahlkampf zerrnen, wie das nach dem Schreiben des Gemeindeführers beachtlich ist, dieser Religion den schlechtesten Dienst erweisen.“

Der Gemeindeführer gibt diese Stellungnahme der hiesigen politischen Parteien bekannt und er knüpft daran für die Gemeindeglieder von St. Marien die Bitte, diese Erklärungen bei Wahl der Kandidatenlisten und bei Abgabe der Stimme zur deutschen und zur preussischen Nationalversammlung als mitentscheidend anzusehen. Der diesmalige Wahlkampf dreht sich nicht um rein politische Dinge (wie beispielsweise: Schutzoll oder Freihandel). Es ist diesmal überwiegend ein Kampf verschiedener Weltanschauungen. Ohne anfängliches Zutun religiöser und kirchlicher Interessierter Kreise sind darum die Fragen: Religion, Kirche und Jugend- und Erwachsenenbildung in den Kampf der öffentlichen Meinung hineingerückt worden. Es wäre ein schwerer, unverkündlicher Unterlassungsfehler, wollte die St. Mariengemeinde zu solchen, sie besonders angehenden Fragen keine Stellung nehmen und keine Stellungnahme der politischen Parteien fordern. Damit täte sie noch lange nicht hinab in die leidenschaftliche Hitze des täglichen Kampfes. Innerlich frei, wie es die evangelische Kirche nun einmal an ihrem Vortage und zu ihrem Nachteile ist, weiß sie ihre Bekenner, ohne sie irgendwie parteipolitisch festzuhalten, an etwas rein Persönliches. Das evangelische Gewissen des Einzelnen, die

„In solchem Falle könnten wir sie von zwei Seiten angreifen. Sazonow von einer, Du von der anderen!“

Ich möchte jetzt fast glauben, es gibt noch eine dritte Seite, auf die man hinwirft durch den, der Herzen leuchtet, wie Wasserbäche.“

Bietet Alfred, daß er so schreibt?

„Was mein irdisches Leben anlangt, so teile ich nur noch mit, daß ich eben in Unterhandlungen treibe, mein Erbgut auf der Steppe zu verkaufen und mir ein kleineres Gut in der Nähe von Simferopol zu erwerben.“

Sollte das zu einem Ziele führen, so hätte ich im Frühjahr für ein neues Heim viel zu arbeiten.

Wenn ich dann außer meinem Gute eine Anstellung in der Verwaltung der Stadt bekomme, wie man mir neulich antrag, so läßt sich solch eine Arbeit mit der Bewirtschaftung eines kleineren Gutes wohl vereinigen. Und man lebt doch dann nicht so selbstständig nur für sich allein.

Aber was hilft all mein Denken und Sinnen auf neues besseres Leben, solange Jenza nicht zu mir kommt! Habe ich nicht bald meine Unfreundlichkeiten gegen sie genug gebüßt?

Mit herzlichsten Grüßen zum neuen Jahr, auch an mein Weib, Dein Alfred.“

„Unfreundlichkeiten“, nennt er seine Schuld? Das ist läch. Es wäre ihr doch niemals eingefallen, ihn zu verlassen, wenn sie sich auf der einsamen Steppe auch noch achtmal elender gefühlt hätte!

Und die Unfreundlichkeiten waren ja oft genug, wie es ihr jetzt schien, sogar viel öfter auf ihrer Seite gewesen, als auf seiner. Nein, wenn jene Geschichte mit Vertha Mühle nicht gekommen wäre!

Aber da war ja die Andeutung von einem Brief, wo die Erklärung über jene Schuld drinsteht.

Einen kleineren ließ sie liegen und griff nach dem mehrere große Bogen starken Briefe, der einige Tage nach jener Gerichtsverhandlung datiert war.

Sie las und las mit glühenden Wangen und brennenden Augen Seite für Seite.

Da kam die ganze Geschichte der Jugendliebe jetzt endlich heraus und dann das Verhältnis zu dieser Familie. Dann das leichtsinnige Reden über den Bruder des schon unglücklich gemachten Mädchens, so daß auch er unschuldig auf ein Jahr seines Lebens ins Gefängnis gekommen, wie das Alfred erst recht zum Bewußtsein gekommen in den letzten Tagen vor der Verhandlung, und wie dann endlich Verthas Besuch gewesen und verlassen.

(Fortsetzung folgt.)

Sein Erbe.

Roman aus dem russischen Leben. Von Grig Schril. (E. Keller.) (Nachdruck verboten.)

(72. Fortsetzung.)

Dann aber starb er gestern nacht so wunderbar unter meinen Augen, daß ich heute noch nicht imstande bin, mich von diesem Einbruch loszumachen.“

Was? Bergenfeld auch tot?

Sak hätte die einsame Leserin wieder geweint. Mühte sie doch, wieviel er Alfred galt.

Wie schwer mußten den Einsamen diese furchtbaren Schläge treffen!

Aber doch mußte sich hier noch ein anderes Gefühl bei ihr ein: das der ungeliebten Schuld Bergenfeld gegenüber.

Hatte sie ihn doch eigentlich nicht ausstehen können, weil Alfred so begeistert an ihm hing, weil sie immer herausmerkte, daß Alfred ihm mehr Vertrauen schenkte und innerlich mehr mit ihm zusammenlebte, als mit ihr.

Wendern konnte sie das nicht und darum hatte sie das mit einer gewissen Bitterkeit gegen ihn erfüllt.

Freilich, wenn er bei ihnen zum Besuch war, dann hatte sie seinen guten Einfluß auf ihren Mann anerkennend spüren müssen, dann hatte sie sich selber wie erzogen und geleitet gefühlt von seines Auges Macht.

Und nun war er tot, und sie konnte ihn nicht mehr um Vergeltung bitten für ihre, wenn auch nur in Gedanken vergangene Unart.

Entsetzt wandte sie sich wieder dem Gatten zu:

„Was ich an Hermann verloren, kann niemand ganz ersetzen, als ich allein. Ob mir sein Tod als Entschädigung neues Glaubensleben einbringen wird, wie er selbst meinte, ich weiß es noch nicht genau.“

Altes und Neues wogt in meinem Herzen durcheinander. Wird das Neue siegen und mein ganzes Leben auf machen?“

Was nur dieses Neue bedeuten mag? Meinst er, daß er jetzt anfangen will, wie ein Christ zu glauben und zu beten?

„Ganz gut kann“ — las sie weiter —, mein Leben nicht werden, bevor nicht Jenza wieder mein ist.“

Ich habe zu büßen um alte Schulden!

Wenn diese Duzzeit nur bald vorüber wäre, ich kann es oft vor leibhaftigem Verlangen nach Jenza nicht aushalten.

Wenn sie es doch wüßte und glaubte und auch nach mir verlangte!

Jetzt habe ich mit der Beerdigung zu tun!

Rehe wohl und grüße Jenza von Deinet immer noch fernem Alfred.“

evangelische Weltanschauung des Einzelnen soll die Parteiführung sein, von der aus der Einzelne seine Entscheidung über seine politische Stellungnahme im Kampfe um die künftige Gestaltung unseres geliebten Vaterlandes trifft.

### Aus der Wahlbewegung.

Die Demokratische Partei weiß dauernd von großen Erfolgen in ihren ländlichen Wählerversammlungen zu berichten. Etwaige Gegenredner haben angeblich stets Mißerfolge aufzuweisen. (Es ist ja selbstverständlich, daß der Eindruck, den der Zuhörer von dem Verlauf einer Versammlung hat, je nach seinem politischen Standpunkt verschieden ist.) „Viele Wähler“, „eine große Anzahl der Anwesenden“ tritt der Partei bei. „Fast einstimmig“ erklärt man sich mit dem Redner einverstanden. Diese Berichte können dem unbeteiligten Leser nur dann ein richtiges Bild von dem Stand der Wahlbewegung geben, wenn er weiß, wieviel Prozent der Wählererschaft anwesend waren. Wir verzichten wegen der Papierknappheit auf derartige Einzelberichte. Wir wollen nur zwei- oder dreierlei feststellen: 1. Der Bericht über die Versammlung in Sieglitz vermag zu erwähnen, daß der demokratische Redner so lange sprach, bis das Licht ausging. War eine Diskussion nicht erwünscht? Der deutschnationale Gegner war gezwungen, seine Ausführungen bei kümmerlichster Beleuchtung zu machen. 2. Dem Berichterstatter über die Versammlung in Hohenfelde ist in der Hitze des Gefechts ein Irrtum untergelaufen. Herr von der Marwitz ist heute noch nicht Mitglied der deutschnationalen Partei. Er hat sich offenbar gegen die Demokratie gewandt und gilt daher als deutschnational, ein Beweis, daß die Demokratie in ihrer Werbetätigkeit überall auf die deutschnationale Volkspartei als schärfsten Gegner stößt. Daraus ergeben unsere Parteifreunde, daß die Partei nicht untätig gewesen ist. Die deutschnationale Volkspartei hatte anfänglich mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, die den anderen Parteien erspart waren, die nur neuen Wein in alte Schläuche füllen wollen. Die deutschnationale Volkspartei ist eine Neuschöpfung. Sie sagte sich, daß der Mittelstand und der Landmann, die sich der demokratischen Partei, dem alten großkapitalistischen und landwirtschaftsfeindlichen Feindnis, nicht anschließen konnten, in einer Partei zusammengefaßt werden müßten. Um dies zu erreichen, mußte erst eine Organisation in Stadt und Land geschaffen werden. Mit 16 Versammlungen eröffnete dann die Partei den Wahlkampf im Kreise. Und der Erfolg blieb ihr nicht versagt. Weitere Versammlungen gewannen neue Mitglieder. In die demokratischen Versammlungen entfaltete die Partei Diskussionsredner, die für die gute Sache warben. Die Hauptaufgabe war aber die stille Werbetätigkeit zu leisten, zu der sich bereitwilligste Frauen und Männer zur Verfügung gestellt haben. Die Arbeit ist nicht umsonst gewesen. Der jungen Partei ist es in den wenigen Wochen überraschend schnell gelungen, überall in der Stadt und auf dem Lande zahlreiche Anhänger zu gewinnen und festen Fuß zu fassen. Der Geist, der ihr Programm befeuert, wirkt und feht sich durch.

### Versammlung des deutschnationalen Volksvereins Köslin in Wandhagen.

Am Donnerstag, den 9. Januar, hielt der deutschnationale Volksverein Köslin in Wandhagen eine öffentliche Versammlung ab, die sehr gut besucht war und einen erfolgreichen Verlauf nahm. In klarer, überzeugender Weise wurden die Ziele der deutschnationalen Volkspartei entwickelt und ihr Gegensatz zu den anderen Parteien dargelegt.

Bauerhofsbesitzer Peggow-Streich beleuchtete sodann das Verhältnis der deutschnationalen Volkspartei zur ländlichen Bevölkerung. Pastor Spitzberger-Centin, der die Versammlung leitete, forderte die anwesenden Männer und Frauen auf, sich der Partei anzuschließen und am Wahltage einmütig ihre Stimmkraft zu wählen. Nachdem aus der Versammlung noch einige Erklärungen in zustimmendem Sinne abgegeben worden waren, wurde die Versammlung geschlossen. Im Anschluß daran bildete sich eine Ortsgruppe Wandhagen der deutschnationalen Volkspartei.

### Aus Stadt und Land.

Köslin, den 13. Januar 1919.  
Am 14. Januar: Sonnenaufgang 8.08, Sonnenuntergang 4.11, Mondaufgang 2.27, Monduntergang 6.16.

Ein wenig kälter, vorwiegend trübe, neblig, geringe Niederschläge.

Die rote Fahne des Rathauses, die vor einigen Tagen so geheimnisvoll verschwand, ist wieder da. Man fand sie Sonnabend früh wohlverpackt und wohlverschützt im Rathausflur liegen mit einem Begleitschreiben ungefähr des Inhalts, daß „man den roten Pappen gern freiwillig wieder zurückgibt, um der Verwaltung schwerere Arbeit zu ersparen; den gewollten Zweck habe man doch erreicht.“ Das geistlose Wahrzeichen ist denn auch nicht wieder geholt worden, wohl aber prangt seit Sonntag früh eine neue rote Fahne auf dem Rathaussturm.

Die Frauen und das Wahlrecht. Noch immer hört man in den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung Stimmen von Frauen, die von einer Beteiligung an den kommenden Wahlen nichts wissen wollen. Sie scheinen noch immer nicht begriffen zu haben, daß sie wählen müssen. Wer nicht wählt, beweist damit, daß ihm die nötige Vaterlandsliebe fehlt, daß ihm nichts an der Zukunft seiner Kinder gelegen ist. Wenn die Wahl auch für manche Frau einige Unbequemlichkeiten mit sich bringen mag, so kann ihr diese vaterländische Pflicht doch nicht entfallen werden. Vor allen Dingen muß dieser Vorwurf den Frauen der bürgerlichen Parteien gemacht werden. Vier Jahre hat unser tapferes Meer an der Front korbgehalten und seine Vaterlandsliebe mit dem Blut besiegelt. Jetzt ergibt der Ruf an die Frauen, auch ihrerseits ihre Vaterlandsliebe zu beweisen und sich derer würdig zu zeigen, die dort draußen unter grünem Halm ruhen. Bürgerliche Frauen, seid treu eurem Vaterlande und helft bei der Wahl!

Kolberg. Vertretung des Landrats. Für die kommissarische Befugung des hiesigen Landratsamtspostens war vom Arbeiter- und Soldatenrat der Erste Bürgermeister der Stadt Kolberg Vorschlag gemacht worden. Das Ministerium hat jedoch diesen für unabhöflich erklärt und wird für den noch weiterhin beurlaubten Landrat von Verlach einen Assessor als Vertreter bestimmen.

Lauenburg. Verschärfter Sicherheitsdienst. Nach einer Verordnung der hiesigen Distriktskommandantur dürfen Kinder von 5 Uhr abends die Straßen nicht mehr betreten. Junge Leute bis 20 Jahre müssen um 10 Uhr abends von der Straße sein. Die Lokale müssen um 11 Uhr schließen. Zivilpersonen und Soldaten, die nach 10 1/2 Uhr ohne Ausweis auf der Straße angetroffen werden, werden sofort verhaftet.

Lauenburg. Verhaftet wurden Mittwoch abend in unserer Stadt die Mitglieder des politischen Vollzugsrates, darunter auch der Vorsitzende. Die Untersuchungen sind im Gange. — In der Nacht zum Donnerstag kurz nach 11 Uhr wurden in der Neuenburger Straße auf eine Patrouille unseres Soldatenrats mehrere Schüsse abgegeben, die glücklicherweise niemand verletzten. Die Patrouille war eifrig bemüht, den Missetäter ausfindig zu machen. Es wurde durch einige Maschinengewehrschüsse die Wache herbeigerufen, die benachbarten Wägen wurden abgesehrt. Leider gelang es nicht, den Täter zu ermitteln. Starke Patrouillen waren die ganze Nacht hindurch auf den Straßen, und diesen ist es zu verdanken, daß in der Stadt alles ruhig blieb.

Schivelbein. Aus dem Stadtparlament. Die erste Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahre, an der fünf Magistratsmitglieder und 22 Stadtverordnete teilnahmen, beschloß, nach Bildung des Büros, einstimmig sich an dem Bahnbau Schivelbein-Stolzenberg, der die künftigen Körperverhältnisse schon einmal vor zehn Jahren beschäftigt hat, künftigherits mit 50 000 Mark Aktienkapital zu beteiligen. Der Bau der etwa 24 Kilometer langen Strecke, die voraussichtlich über Schlenzig-Gemerow-Karlswitz-Menzow ihren Weg nehmen wird, dürfte voraussichtlich bereits im März oder April dieses Jahres in Angriff genommen werden.

Althagen. Schiffsuntergang. Zwischen dem bei unseren Dorfe stationierten Feuerkahn und der Dönselkute ereignete sich ein folgenschwerer Schiffsunfall. Ein Hamburger Schleppdampfer geriet mit der Schiffschraube in das noch liegende Netz der Minenperle und wurde infolge des hohen Seeganges in die Tiefe gerissen. Die sieben Matrosen und der Kapitän ertranken. Der nachfolgende Kahn, den der Dampfer nach Hamburg schleppen sollte, konnte sich befreien und gelangte unverletzt nach Stralsund zurück.

## Deutsche Frauen und Mädchen in Land und Stadt!

Warum ist es unsere erste Pflicht, am 19. Januar zu wählen? Weil wir durch unsere Weiberzahl den Ausschlag geben können, ob wieder Friede, Recht und Ordnung im deutschen Reiche herrschen!

### Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der wirtschaftlichen Demobilisationszeit.

Die Volksbeauftragten und das Demobilisationsamt haben unter dem 4. Januar 1919 eine wichtige Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation erlassen.

Die Verordnung verpflichtet im Paragraphen 1 Unternehmer gewerblicher Betriebe, in denen in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden, generell Kriegsteilnehmer, die bei Kriegsausbruch in ungeklärter Stellung bei ihnen beschäftigt waren und sich binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung oder nach ihrer Entlassung vom Militär bei ihnen melden, wieder einzustellen. Das Gleiche gilt von Kriegsteilnehmern, die bei Kriegsausbruch ihrer Dienstpflicht genähert und deshalb aus dem Betriebe ausgeschieden waren, sowie von solchen Kriegsteilnehmern, die bei Kriegsausbruch noch schulpflichtig waren und nachher von ihrer ersten Arbeitstätte aus in den Kriegsdienst eingetreten sind.

Des Weiteren sind die gleichen Unternehmer (also bei regulär mindestens zwanzig Arbeitern) generell verpflichtet, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter weiter zu beschäftigen.

In den Rahmen der Verordnung fallen auf der Seite der Unternehmungen nicht nur die Gewerbebetriebe nach Titel 7 der Gewerbeordnung, sondern auch die Werkstättenbetriebe der Eisenbahnunternehmungen und der Klein- und Straßenbahnen, die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe gewerblicher Art und alle öffentlichen Betriebe, die als Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen wären, wenn sie mit der Absicht auf die Gewinnerzielung geführt würden. Auf der Arbeiterseite fallen in den Rahmen der Verordnung alle Arbeitnehmer der bezeichneten Betriebe, mit Ausnahme der Angestellten, die angestelltenversicherungspflichtig sind oder, wenn sie aus irgendwelchen Gründen von der Angestelltenversicherungspflicht befreit sind, doch zum Kreise der angestelltenversicherungspflichtig Beschäftigten gehören; eine besondere Verordnung für diese Angestellten ist in Vorbereitung und wird alsbald veröffentlicht werden.

Die generelle Vorschrift, die Kriegsteilnehmer wieder einzustellen und die vorhandenen Arbeitskräfte nicht zu entlassen, wird natürlich in sehr vielen Fällen angesichts der Verhältnisse der Betriebe unausführbar sein. In diesen Fällen kann der Arbeitgeber die Zahl entsprechend der Lage dieses Betriebes einschränken. Dabei soll die vorhandene Arbeitsmöglichkeit so verteilt werden, daß grundsätzlich der achtstündige Arbeitstag durchgeführt wird, und daß der einzelne Arbeiter mindestens dreißig Stunden wöchentlich beschäftigt wird. Eine noch weitere Herabsetzung der Arbeitszeit, um eine größere Zahl von Arbeitskräften beschäftigen zu können, muß als unwirtschaftlich vermieden werden.

Wer entlassen wird, hat der Arbeitgeber im Verein mit dem Arbeiter-Ausschuß zu bestimmen. Schwer Kriegsbeschädigte und

schwer Unfallverletzte, die über 50 Prozent Volkrente beziehen, können vorläufig überhaupt nicht entlassen werden.

Für die Auswahl der zu entlassenden Arbeiter sind in der Verordnung bestimmte Vorschriften aufgestellt. Erfolat darüber eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter-Ausschuß nicht, so tritt der durch die jüngste Verordnung des Reichsarbeitsamts eingeführte Schlichtungsausschuß in Aktion.

Für die Entlassung wird allgemein eine Kündigungsfrist von zwei Wochen festgesetzt. Arbeiter von auswärtig, die ihren bisherigen Arbeitsort eher verlassen, um in den Heimatort zurückzuführen, werden begünstigt (durch Abschlagnote, eventuell auch Beurlaubung, und wenn sie binnen fünf Tagen nach erfolgter Kündigung abreisen, auch durch Gewährung freier Fahrt.)

Eine Anzahl Vorschriften sind im Interesse wirksamer Lohnregelungen erlassen. So kann der Demobilisationskommissar beantragen, daß das Reichsarbeitsamt Tarifverträge für allgemein rechtsverbindlich erklärt. Im weiteren kann der Demobilisationskommissar selbst den Schlichtungs-Ausschuß anrufen, an der Verhandlung teilnehmen und Anträge stellen. Der Demobilisationskommissar kann endlich einen Schlichtungs-Ausschuß ernennen, wenn sich nicht beide Parteien unterwerfen, für verbindlich erklären oder, wenn ein Schlichtungs-Ausschuß überhaupt nicht zustande gekommen ist, einen solchen nach erneuter Verhandlung des Schlichtungs-Ausschusses herbeiführen. Dies gilt sowohl für Schlichtungs-Ausschüsse, die die Lohnfragen betreffen, als für solche, die sich auf die Einstellung von Kriegsteilnehmern oder Entlassung von Arbeitern beziehen.

Die Verordnung gilt nur für die Demobilisationszeit. Den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens bestimmt das Demobilisationsamt.

Vorliegende Verordnung befindet sich in vollständiger Wortlaut und mit ausführlichem authentischem Kommentar in der Hand des hiesigen Beauftragten des Reichsamts für Wirtschaftliche Demobilisation, am Holzmarkt 2, Fernruf 499. Näheres wäre natürlich dort zu erfahren.

## Erste Strafkammer des Königlich Landgerichts.

Köslin, den 9. Januar 1919.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Geheimer Justizrat Daxen; Beisitzer: Geheimer Justizrat Urban, die Landräthe Richter, Dr. Schröder und Centurion; Anklagebehörde: Gerichtsassessor Dr. Doerfer; Protokollführer: Referendar Kittenbrügge.

Gänseklieberei. Die in Untersuchungshaft befindlichen russischen Arbeiter Woleskows Brzezinski und Andreas Schmaloff hatten am 9. November abends in Schwartow den Gänseklieb des Arbeiters Albert Radlow erbrochen, drei Gänse an Ort und Stelle abgeschlachtet und diese am anderen Tage in Köslin verkauft. Beide Angeklagte waren gefänglich und wurden heute wegen schweren Diebstahls zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt mit der Maßgabe, daß die Untersuchungshaft mit je einem Monat in Anrechnung gebracht werden soll.

Verurteilter schwerer Diebstahl. In der Nacht zum 18. August vorigen Jahres wurde die Eigentümerin Vera Remus in Bad-Loy durch ein Geräusch in ihrem Nebenzimmer aufmerksam und sah, daß ein Mann an einem Spind eine Schublade aufgezogen hatte und mit einer Blendlaterne hinein leuchtete. Auf ihren Anruf flüchtete der Mann durch ein Fenster. In dem Eindringling hatte sie bestimmt den Arbeiter Karl Haut-Badlow erkannt. Haut, der ganz entschlossen in Abrede stellte, der Täter gewesen zu sein, wurde heute wegen verurteilten schweren Diebstahls zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Verurteilter Verurteilung. Aus der Haft wurde der wiederholt verurteilte Elektrotechniker Erich Kirchner vorabgeführt, dem zur Last gelegt wird, am 21. Juli vorigen Jahres sich eines Einbruchs in die Volkerei zu Neuenfelde schuldig gemacht zu haben und sich hierbei 1 1/2 Zentner Butter angeeignet zu haben. Mitangeklagt ist der Volkereilehrer Willi Weiber, der dem Erhängelassenen bei diesem Diebstahl beihilflich gewesen sein soll. Die heutige Verhandlung wurde nach der Vernehmung der Angeklagten vertagt, um eine drückende Befragung durch einen beauftragten Richter vorzunehmen.

Zurückgenommene Berufung. Eine weitere anstehende Verhandlung gegen die Arbeiterfrau Matilde Engel aus Porsch erledigte sich in der Weise, daß die Angeklagte vor Beginn der Verhandlung die eingelegte Berufung zurücknahm.

### Eingefandt.

(Für den Inhalt der in dieser Rubrik erscheinenden Artikel lehnen die Schriftsteller, wie die deutschnationale Volkspartei, die Verantwortung ab.)

Es sei mir gestattet, noch einige Bemerkungen zu der allgemeinen Beamtenversammlung der demokratischen Partei zu machen:

Herr Rodewitz sprach sich über die Zukunftsaussichten der Beamten so allgemein aus, daß mich seine Ausführungen recht enttäuscht haben. Am beachtenswertesten scheint mir aber sein Schlusswort zu sein. Er stellte auf Grund der Aussprache fest, daß der Gehalt der Kösliner Beamten noch ein anderer sei als in Stettin. (Der Zwischenruf „Mittelschicht“ wurde nicht zurückgewiesen.) Es scheint ihm noch ein gewisses Schelen nach oben vorhanden zu sein. Es sei bezeichnend, daß die vorbereite Stuhle überlegen bleiben; die Beamten in Köslin getrauten sich noch nicht recht an die Spitze.

Auf diese Weise glaubte der Herr Vorsitzende des Allgemeinen Beamtenbundes Stettin alle Kösliner Beamten, die in der demokratischen Partei nicht den beruflichen Vertreter des Beamten- und Mittelstandes sehen, verpöten zu sollen. Wird dadurch nicht die Einigkeit der Beamtenchaft, die auch der Redner für notwendig hielt, stark bedroht? Dieser Vorfall sollte allen Beamten zu denken geben.

M. A.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Robert Lipski, für den Anzeigenteil: Max Spana. Druck und Verlag der Fürstentümer Zeitung, A.-G. Sämtlich in Köslin.

### Bekanntmachung.

Am 14. d. Mts., vormittags 10 Uhr, findet in Kolberg, Artillerielafarne; am 15., 16. und 17. d. Mts., vormittags 9 1/2 Uhr, in Belgard, Artillerielafarne,

### Pferdeversteigerung

statt. Am 15. werden 60-80, am 16. und 17. d. Mts. 270 Pferde versteigert.

### Kriegswirtschaftsstelle.

## Techniker Köslins!

Die Forderungen der Zeit richtig erkennend, haben sich die Angehörigen der einzelnen Berufe zusammengeschlossen, um vereint ihre Interessen zu vertreten.

Einigkeit macht stark! Der Deutsche Techniker-Verband hat sich die Aufgabe gestellt, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der technischen Privatangehörigen und der öffentlichen technischen Beamten zu fördern, das Ansehen des technischen Berufes zu heben und die technische Wissenschaft zu pflegen. Der D. T. V. gewährt seinen Mitgliedern: kostenlose Zustellung der Deutschen Techniker-Zeitung, kostenlose Stellenvermittlung, Stellenlosenunterstützung, Rechtsschutz und Rechtsauskunft, zinsfreie Darlehen und Unterstufungen, billigen Aufenthalt in einem Erholungsheim und Beihilfe zu den Bestattungskosten beim Tode eines Mitgliedes. Die Ortsgruppe Köslin des Deutschen Techniker-Verbandes hält am Montag, dem 13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im linken Saale der Kammerlichtspiele eine

### Versammlung

ab, zu der auch Nichtmitglieder herzlich eingeladen werden.

Der Vorsitzende, Wilh. Herber.

### Städtischer Fischverkauf.

Von morgen ab bis auf weiteres Verkauf für die Bezirke 7 und 8. Zugleich wird bekannt gemacht, daß die bisherige Fischhalle anderweit verpachtet ist. Der Verkauf findet nunmehr im Pieper'schen Lokale, Wintergarten, und zwar in der Regelbahn statt.

Köslin, den 13. Januar 1919.

Der Magistrat.

Der Unterricht in den städtischen Volksschulen beginnt erst am 29. Januar.

Die Rektoren, J. A.: Finl.

Bin unter meiner alten Nummer

401

wieder an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Herrn Stephan Jun.,

Möbelfabrik m. elektr. Betrieb.

### Hausfrauen-Verein. Monats-Versammlung

Mittwoch, 15. d. Mts., 4 Uhr im Klub.

Vortrag von Frau Dr. Spackeler:

Die Wahlpflicht der Frau.

Gäste willkommen.

### Bekanntmachung.

In der laufenden Woche — 8. Woche — werden auf den Kopf der Bevölkerung lebendig Gramm Butter ausgegeben.

Köslin, den 13. Januar 1919.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Wir haben bei dem Schneidemeister Karl Ohlow hier, Friedrichstraße 10, eine Anzahl gebrauchsfähige Kaninchenstühle zum Preise von 2.00 Mk., 1.70 Mk. und 1.50 Mk. für das Stück, zum Verkauf niedergelegt.

Die Felle sind ausschließlich für Kälteschutzmittel bestimmt und dürfen nicht zu Polzschmudgegenständen verabeitet werden. Sie sollen in der Hauptsache zur Herstellung von notwendigen Bekleidungsgegenständen, zum Beispiel: Brust- und Lungenhüllen, zur Fütterung bereits vorhandener Jaden und Westen für Handschuhe, Pulswärmer und Ohrenhüllen, Verwendung finden.

Köslin, den 11. Januar 1919.

Der Magistrat.

### Gebraucht. nasses Element

zu kaufen gesucht. Angebote unter J. 1988 an die Geschäftsstelle des Kösliner Volksblattes.

### Bekanntmachung.

Nr. J. R. 825 11. 18 A. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisation wird folgendes angeordnet:

Die Bekanntmachung Nr. D. 406 4. 17 A. R. A., betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht und Höchstpreise von Steinkohlenteerpech, vom 23. Mai 1917, wird hiermit aufgehoben.

Berlin, den 1. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

Wolfshügel.

Veröffentlicht.

Köslin, den 7. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

J. B.: Morf.

J. B.: Morf.

### Bekanntmachung.

Gemäß § 25 Nr. 1 der deutschen Wehrordnung haben die Wehrpflichtigen die Pflicht, nach Beginn der Militärpflicht sich zur Aufnahme in die Rekrutierungskammrolle zu melden.

Die Militärpflicht beginnt mit dem 1. Januar desjenigen Kalenderjahres, in welchem der Militärpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet und dauert solange, bis über die Dienstverpflichtung des Wehrpflichtigen entschieden ist.

Die Militärpflichtigen, auch die mit Ausstand versehenen oder von Truppen- und Marineeinheiten abgewiesenen zum Einjährigen Freiwilligendienst Berechtigten haben sich bei der Ortsbehörde des Ortes, an welchem sie ihren dauernden Aufenthalt haben, für dieses Jahr in der Zeit vom 20. bis 26. Januar 1919 zur Rekrutierungskammrolle anzumelden.

Es haben sich zu melden: 1. Alle männlichen Personen, die in den Jahren 1898, 1897, oder früher geboren sind und die Entscheidung „ein Jahr zurück“, „vorläufig zurück“, „bis auf weiteres zurück“, „zeitlich fr. und zeitlich a. v.“ oder „a. v.“ erhalten haben.

2. Alle männlichen Personen, die im Jahre 1899 geboren und noch nicht zum Wehrdienst eingezogen sind.

3. Sämtliche männliche Personen aus den genannten Jahrgängen, die sich überhaupt noch nicht gestellt oder teilweise mit Entschuldigung gestellt haben.

Als dauernder Aufenthalt ist anzusehen: 1. für militärpflichtige Dienstboten, Haus- und Wirtschaftsbearbeiter, Handlungsdiener, Handwerksgehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter und andere in einem ähnlichen Verhältnis stehende militärpflichtige Personen der Ort, an welchem sie in der Lehre, im Dienst oder in der Arbeit stehen.

2. für militärpflichtige Studierende, Schüler und Scholastiker in öffentlichen Lehranstalten der Ort, an welchem sich die Lehranstalt befindet, der die Genannten angehören, sofern sie auch an diesem Ort wohnen.

3. hat der Militärpflichtige keinen dauernden Aufenthaltsort, so meldet er sich bei der Ortsbehörde seines Wohnortes.

Der innerhalb des Reichsgebietes weder einen dauernden Aufenthaltsort noch einen Wohnsitz hat, meldet sich in seinem Geburtsort zur Stammrolle und wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in dem Orte, in welchem die Eltern oder Familienhäupter ihren letzten Wohnsitz hatten.

Bei der Anmeldung zur Stammrolle ist das Geburtszeugnis vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht am Geburtsort selbst erfolgt. Die zum Einjährigen-Freiwilligendienst Berechtigten haben den Berechtigungsschein vorzulegen. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Ziffer 2 und 3 zur Stammrolle angemeldet haben, zeitlich abwesend (auf der Reise befindliche Handlungsgehilfen, auf der See befindliche Seeleute und so weiter), so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehrer, Bros- und Fabrikherren die Verpflichtung, sie innerhalb des vorhin genannten Zeitraums zur Stammrolle anzumelden.

Dieselbe Verpflichtung ist, soweit dies gesetzlich zulässig, dem Vorkerber staatlicher oder unter staatlicher Aufsicht stehender Straf-, Besserungs- und Heilanstalten in Bezug auf daselbst untergebrachten Militärpflichtigen aufzuerlegen.

Die Anmeldung zur Stammrolle ist in der vorstehend vorgeschriebenen Weise seitens der Militärpflichtigen alljährlich solange zu wiederholen, bis eine endgültige Entscheidung über die Dienstverpflichtung durch die Ersatz- bzw. Oberersatzbehörde erfolgt ist.

Bei Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle ist der im ersten Militärjahre erhaltene Musterungsschein vorzulegen. Außerdem sind etwa eingetretene Veränderungen (in Bezug auf Wohnsitz, des Gewerbes, des Standes und so weiter) dabei anzugeben.

Militärpflichtige, welche nach der Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz nach einem anderen Aushebungsbezirk oder Musterscheinbezirk verlegen, haben dies beizubehalten und die Stammrolle sowohl beim Abgang der Wehr- oder Person, welche sie in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb drei Tagen anzugeben.

Verlängnis der Wehrpflicht entbindet nicht von der Meldepflicht.

Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle unterläßt, ist mit Geldstrafe bis 30 Mark oder Haft bis zu drei Tagen zu bestrafen.

Köslin, den 6. Januar 1919.  
Der Landrat  
von Eisenhart-Roth.

Veröffentlichung  
mit dem Einverständnis, daß die Anmeldung zur Stammrolle bis zum 15. dieses Monats im Einwohner-Meldeamt Zimmer Nr. 4, Erdgeschoss des Rathhauses zu erfolgen hat.  
Köslin, den 11. Januar 1919.  
Der Magistrat.

Die Verlichtung der Kriegsteilnehmerlisten für 1918 müssen bis spätestens Ende Januar dieses Jahres erfolgt sein. Die zur Steuer veranlaßten und zurückgeführten Militärpersonen werden daher ersucht, sich mit ihren Steueranschriften in der Steuerkasse einzufinden, auch die beurlaubten und die in Zivilbeschäftigung eingetretene Steuerpflichtigen, mit einem Zivilverdienst, haben sich jeweils Neuverteilung der Steuern daselbst anzumelden.

Die mit einem Einkommen von über 3000 Mark und die Verrenteten wollen sich an den Herrn Vorsitzenden der Veranlagungskommission, Herr Regierungsrat Nr. 1, 1, jeweils Neuverteilung der Steuern, wenden. Alle übrigen Steuerpflichtigen, die keine Steueranschriften erhalten, haben sich in der Steuerkasse oder Steuerbureau, Rathaus, anzumelden.  
Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Brot- und Butterkarten für die nächsten vier Wochen, der Kinder- und Kinderzweckbrotkarten für Februar 1919 (die Butterkarten für Kinder für Februar 1919 befinden sich auf den Kinderkarten), findet in der Mädchenschule wie folgt statt:

am Dienstag, den 14. dieses Monats  
von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr für die Bezirke 1 und 2,  
von 11 bis 1 Uhr für die Bezirke 4 und 9,  
von 1 bis 3 Uhr für die Bezirke 12 und 19.

am Mittwoch, den 15. dieses Monats  
von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr für die Bezirke 5 und 6,  
von 11 bis 1 Uhr für die Bezirke 7 und 11,  
von 1 bis 3 Uhr für die Bezirke 10 und 16.

am Donnerstag, den 16. dieses Monats  
von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr für die Bezirke 15a und 16a,  
von 11 bis 1 Uhr für die Bezirke 18a und 20,  
von 1 bis 3 Uhr für die Bezirke 21 und 22;

am Freitag, den 17. dieses Monats  
von 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr für die Bezirke 8 und 15,  
von 12 1/2 bis 3 Uhr für die Bezirke 17 und 18;

am Sonnabend, den 18. dieses Monats  
von 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr für die Bezirke 3 und 13,  
von 11 1/2 bis 3 Uhr für die Bezirke 1a, 14 und die roten Fremdenkarten.

Die Abstempelung der Karten gemäß Ziffer der Bekanntmachung des hiesigen Kreisamtes vom 4. Dezember vorigen Jahres findet durch Beauftragte des Kommunalverbandes gleichzeitig während der Kartenausgabe statt. Hierzu sind unter allen Umständen die grünen Ausweiskarten vorzulegen. Die Brotausweiskarten sind zur Kontrolle mitzubringen.

Gleichzeitig haben alle diejenigen Haushaltungen hiesiger Stadt, welche Vollmilch beziehen, die bereits für Februar dieses Jahres auszugebene Vollmilchkarte vorzulegen, damit eine Nachprüfung dieser Karten stattfinden kann.  
Köslin, den 11. Januar 1919.  
Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Reichsfließkarten für die nächsten vier Wochen findet in der Mädchenschule wie folgt statt:  
Dienstag, den 14. Januar 1919  
von 8 1/2 bis 3 Uhr für die Kundenlisten Kufferow, Schneider Paul und Schneider Max, Reuefortstraße, Schröder und Hörnte;

Mittwoch, den 15. Januar 1919  
von 8 1/2 bis 3 Uhr für die Kundenlisten Dettbarn, Büttchewager, Fischer, Scheunemann und Brümmer;  
Donnerstag, den 16. Januar 1919  
von 8 1/2 bis 12 Uhr für die Kundenlisten Wehert, Grelmann, Rapp, Berndt und Baeske,  
von 12 bis 3 Uhr für die Kundenlisten Harde (Hagzower Allee), August Schulz (Bühlstraße), Dumke, Lambrecht und Wichmann;

Freitag, den 17. Januar 1919  
von 8 1/2 bis 12 Uhr für die Kundenlisten Hendebeck, Bloßdorf, Harde (Wilhelmstraße), Ederer und Weyer,  
von 12 bis 3 Uhr für die Kundenlisten Schneider (Grünstraße), Dreier, Schwante, Panten, Groß und Albert Schulz (Bühlstraße).

Als Ausweis sind die alten Mittelfelder der Reichsfließkarten mitzubringen. Bei letzteren ist Nummer der Kundenliste und Name des Fleischermeisters einzutragen.  
Die Brotausweiskarten sind zur Kontrolle mitzubringen.  
Köslin, den 11. Januar 1919.  
Der Magistrat.

### Aufruf der Fleischerinnung.

Infolge Einberufung zum Heeresdienst waren die Geschäfte unserer Kollegen Willi Brümmer, Kurt Berndt, Emil Groß, Emil Panten, Max Schneider, Schwabe und Wichmann bisher geschlossen. Durch öffentliche Auslegung von Kundenlisten gaben genannte Kollegen dem Publikum die Absicht der Wiedereröffnung ihrer Geschäfte bereits bekannt. Nun ist leider das Interesse der Kösliner Einwohnerschaft an der Geltung dieser heimgekehrten Kriegsteilnehmer so gering gewesen, daß die geringen Eintragungen bei diesen Kollegen bis heute eine Eröffnung der Geschäfte kaum zulassen. Wir bitten daher an dieser Stelle die geehrte Einwohnerschaft, diesen Kollegen doch etwas mehr Interesse entgegenbringen zu wollen und sich in den nächsten Tagen in deren Kundenlisten eintragen zu lassen. Die Eintragungen können auch in den Geschäftsstellen der betreffenden Kollegen erfolgen, diese werden der Schlachthofverwaltung sodann die nötigen Angaben machen.

Der Vorstand der Fleischerinnung.  
Karl Dahng, Gustav Fischer.

Bezugnehmend auf obigen Aufruf möchten wir die Einwohnerschaft Köslins dringend bitten, obigen Antrage Folge zu geben. Ins besondere möchten wir solche Kunden ersuchen, die vor dem Kriege nicht Kunden der nachstehenden Fleischermeister waren, welche unerschätzlich viel Kunden zur Zeit haben, nämlich: Paul Schneider, Schröder, Hörnte, Fischer, Kufferow, Scheunemann, Dettbarn, Büttchewager, Wehert, Grelmann und Ernst Bloßdorf, sich bei den oben erwähnten Fleischermeistern eintragen zu lassen.  
Köslin, den 13. Januar 1919.  
Der Magistrat.

### Deutschnationale Volkspartei.

### Oeffentliche Versammlung

am Mittwoch, dem 15. Januar,  
in Janow, Gasthof Pomplun.  
Deutschnationaler Volksverein Köslin.  
Dr. Zankke, Vorsitzender.

### Deutsche Volkspartei.

### Dienstag, den 14. Januar, nachmittags 1/2 8 Uhr

### Frauenversammlung

in Sorenbohm bei Gastwirt Rath.  
Nationalliberaler Verein Köslin.  
Sache, Justizrat. Hübnar, Steuerinspektor. Reinfeld, Bauernhofbesitzer.

### Deutsche Volkspartei.

### Oeffentliche Versammlungen

Dienstag, den 14. Januar, abends 7 Uhr  
Kordeshagen, bei Gastwirt Treichel;

Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 Uhr  
Wandhagen, bei Gastwirt Lau;

Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 Uhr  
Karnkewitz, bei Gastwirt Schröder.

### Nationalliberaler Verein Köslin.

### Gewerkschaft der im öffentlichen Dienst

### Stehenden Beamten und Arbeiter in Köslin.

### Mitgliederversammlung

am Dienstag, dem 14. Januar, nachm. 5 Uhr im Saale der Knaben-  
schule (Rothstraße).

- 1. Bericht des Vorstandes.
- 2. Antrag Wittler u. Gen.: Statutenänderung und Neuwahl eines Vorstandes, welcher mindestens aus 3 Mitgliedern besteht.
- 3. Verschiedenes.

Volksfähiges Erscheinen der Mitglieder erforderlich.  
Küttner, Vorsitzender.

### Landleute! Arbeiter! Bürger!

### Wähler in Stadt und Land!

Für die Wahl zur „Deutschen National-Versammlung“ am 19. Januar 1919 hat die „alte sozialdemokratische Partei“ Richtung Ober-Scheidemann eine Liste mit 11 Kandidaten eingereicht. Diese sozialdemokratische Liste trägt als Anfangsbezeichnung den Namen:

Alwin Körsten, Gewerkschaftssekretär, Berlin, Engelauer 15.

Unser Stimmzettel trägt nur den einen Namen:

Alwin Körsten,  
Gewerkschaftssekretär, Berlin, Engelauer 15.

Bei der Wahl ist der Stimmzettel ungeändert abzugeben, damit unsere Liste gewählt ist.

In allen Wahlangelegenheiten und bezüglich der Zusendung von Flugblättern und Stimmzetteln wende man sich an den Unterzeichneter.

Der sozialdemokratische Wahlkreisaußschuß.  
P. Grünwald,  
Köslin, Gewerkschaftshaus, Telefon 519.

### Münchener Pilsenerbier, Malzbier,

### Stettiner Bergschloßbier

in Gebinden, Flaschen und im Anstich empfiehlt  
Bestellungen erbitte rechtzeitig. Eduard Laabs.

## Kleine Privatanzeigen des Kösliner Volksblatts.

### Arbeitsmarkt.

Zum 1. April gesucht  
**Oberschweizer**

mit eigenen Leuten  
zu 30-40 Aähen, 30 Stück Jung-  
vieh und Kälbern.  
Meldungen mit Zeugnisabschrift  
und Gehaltsforderungen an

**Sutsoverwaltung Timmenhagen,**  
Kreis Köslin.

Suche für sofort oder 1. Februar  
eben

**Gärtnergehilfen.**

Thurau, Schönow bei Fritow,  
Bez. Köslin.

**Zwei Arbeiter-**  
**familien,**

eine mit und eine ohne Hofgänger.  
Gute Beleuchtung.

von Gerlach-Porow'sche  
Gutsverwaltung,  
Porow bei Rastow.

Suche zum 1. April ein älteres  
und ein jüngeres

**Dienstmädchen.**

R. Wendt, Thunow.

**Eine saubere Aufwartsfrau**

für 8-11 Uhr vorm. g. sucht.  
Frau Georg Schröder,  
Danzigerstr. 50.

**Junges Mädchen**

für Laden und Kontor sofort gesucht.  
Kurt Modigell,  
Malers-, Tapeten- u. Farbengeschäft,  
Bergstraße 30.

Erfahrenes, fauberes

**Hausmädchen**

zum 1. April gesucht.  
Frau Postdirektor Schulz,  
Post Eing. 5, 2 Trp.

**Dienstmädchen,**

jüngeres, für Haushalt von 2 Per-  
sonen nach Berlin, Bierge-  
löcher u. wird ihr gelernt. Ange-  
bote an das Rechtsbüro Berlin,  
Elsasserstraße 68.

### Grundstücks- und

### Geldverkehr.

### Grundstückverkauf.

Als Vormund der Halbbauer-  
hofsbesitzer Franz Kopisch'schen  
Kinder zu Post-Abbau will ich den  
diesem gehörigen in Post-Abbau  
belegenen etwa 150 Morgen großen  
Bauerhof, zu dem auch Wald und  
Moor gehören, freihändig ver-  
kaufen.

Besichtigung ist jederzeit gestattet.  
Schriftliche Angebote sind mir  
zwecks oormundschaftsgerichtlicher  
Genehmigung bis zum 1. febr. 1919  
d. Js. einzureichen.

Post-Abbau i. Pom.,  
den 1. Januar 1919.  
Paul Kopisch, Bauerhofsbesitzer.

### Wohnungen, Zimmer.

### Zwei gute

### Wohnungen

mit elektrischer Beleuchtung für  
zwei und drei Personen gibt ab die

**Sutsoverwaltung Merzin.**

### Einige

### Arbeiterwohnungen

zum 1. April frei. Eine kleine  
Wohnung, elektr. Licht u. Stallung  
sodort.

Mühlenwerke Köslin.

### An- und Verkäufe.

### Beet oder Wreuten,

25 Zentner,  
zu kaufen gesucht.  
Appelt, Bühlstraße 43.

### Ein

### Schlagtisch

zur Herstellung von Zementdach-  
steinen mit sämtlichem Zubehör  
sowie Farbe und Del dazu verkauft  
Leng, Rogg. Allee 58.

Gut erhaltene

### Plüschgarnitur,

Salonisch, gr. u. kl. Spiegel, Steh-  
lampe, Etagere, Stühle, Sacher-  
geßel, Regulator, Chaiselonguede  
u. a. Hausgegenstände zu verkaufen.  
Kogswaller 38, 1 Tr. Besichtig.  
10-12 Uhr vorm.

### Tiermarkt.

### Zwei starke

### Doppel-Pony

gesucht. Offerten unter D. 192 an  
die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

### Ein älteres

### Arbeitspferd

hat zu verkaufen.  
Jedrich Waslow,  
Schulzenhagen-Abbau.

### Kaufe ständig

### Schlachtpferde.

Zahle dafür anerkannt h s h s e  
Preise und gebe jede gewünschte  
Garantie. Erbittet Angebote.

**Theodor Fuchs,**  
Köslin, Fernsprecher Nr. 269

### Verschiedenes.

### Hellwollfarbener

### Deutscher Schäferhund

(Kriegshund) entlaufen. Name  
„Ping“. Wiederbringer erhält  
hohe Belohnung.

Singe,  
Schwellin, Kreis Büditz.

### Kösliner

### Veranstaltungen.

Montag, den 13. Januar 1919.

Lüdtke-Konzertsaal abends 8 Uhr.

15. Abend der Konzertagentur  
Grünthal mit Arnold Goldsch  
(Cello) und Prof. Ernst Grotz  
(Klavier).

Landesökologische Gemeinschaft. Mit-  
gliederstunde, 7 1/2 Uhr abends.

Besprechung der Handwerksmeister  
und Gewerbetreibenden über Er-  
langung von Rohstoffen, 8 Uhr  
abends im Burgg. aßen, Jander-  
straße

Ortsgruppe Köslin des Deutschen  
Techniker-Verbandes, Verjam-  
lung abends 8 1/2 Uhr im Lin-  
Saale der Kammerlichtspiele.